Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 10 Oktober 1957

Ich glaube an den Freiheitsbund

Von Artur Brei

Jeder, der sich der Politik verschrieben hat oder neben seiner wirtschaftlichen Tätigkeit seine Freizeit der politischen Überzeugung opfert, hat die unabdingbare Pflicht, seine Haltung und Handlungen den jeweiligen politischen Verhältnissen in etwa anzupassen, um die wirklich gegebenen Ansatzpunkte für die Realisierung seiner Ideen zu nutzen. Nur schwache oder in Wirklichkeit ziellose Charaktere versuchen, ihre Unzulänglichkeit hinter einer angeblich starken Willenskraft zu verbergen. Sie gehen dann einen gefährlichen Weg, der fast ausnahmslos in das Chaos führt. Die Geschichte hat gezeigt, daß große Politiker den Mut gehabt haben, auch unpopuläre Maßnahmen zu verantworten, wenn sie der Überzeugung waren, daß es zum Guten der Allgemeinheit notwendig war. Und hier ist das Stichwort, das beachtet werden muß „im Interesse der Allgemeinheit". Ich glaube, wir machen zu oft bei entscheidenden Fragen den Fehler, nur unser eigenes Interesse und nur unsere eigene Meinung an die erste Stelle zu placieren.

Sollen wir nicht einmal versuchen, uns in die Gedankengänge unseres Nachbarn oder Arbeitskollegen hineinzuversetzen? Wir kennen unseren Nachbarn oder Arbeitskollegen als einen prima Kerl, — aber verdammt, der ist ja in einer anderen Partei als ich. Und nun ist er uns lange nicht mehr so sympathisch wie vorher. Wenn ich hier von anderer Partei spreche, will ich gleich klarstellen, daß ich Anhängern von rechts- oder linksradikalen Auffassungen oder Bestrebungen das Recht absprechen, hier überhaupt irgendwie mitgezählt zu werden, denn man muß unterscheiden zwischen politischer Arbeit zum Wohl aller und Maßnahmen zur Erreichung einer gewissen Machtposition für eine Einzelperson oder auch für eine bestimmte Gruppe von egoistischen Abenteurern.

Allen aber, die die Besserstellung der Allgemeinheit auf demokratischer Basis vorantreiben wollen, muß ich als Demokrat, auch wenn sie in verschiedenen Parteien stehen, mit Achtung begegnen. Denn wer gibt mir z. B. als demokratischer Sozialist das Recht zu behaupten, daß nur die Politik meiner Partei die einzig richtige ist? Wir glauben, und auch jene, welche einer anderen demokratischen Partei angehören, glauben, daß ihr Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles führt. Man kann doch auch sagen, viele Wege führen nach Rom, und sehr wahrscheinlich treffen sich alle wahrhaften Demokraten eines Tages trotz der verschiedenen Wege am gemeinsamen Ziel. Und darum mein Wunsch, daß wir auch den Nachbarn und Kollegen ihr Süppchen lassen und trotz ihrer anderen Parteizugehörigkeit versuchen, ein besseres Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit ihnen zu erreichen.

Wir Männer des Freiheitsbundes müssen, das ist mein fester Glaube, als erste daran gehen, diese demokratische Gemeinsamkeit zu verwirklichen. Was wollen wir, — und warum haben wir uns denn im Freiheitsbund zusammengeschlossen?

In unseren Satzungen steht es fest und unverrückbar:

§ 1: Der Zweck des Vereins „Freiheitsbund" ist die Förderung der Idee der Freiheit zur Sicherung der Demokratie und damit der Kampf gegen Kommunismus, Faschismus und Nationalismus. Der Verein, der die Tradition des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fortsetzt, tritt ein für die Verwirklichung der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung von Berlin aufgestellten Grundsätze.

§ 4: Mitglied können natürliche Personen werden, die bereit sind, für die im § 1 festgelegten Ziele des Vereins vorbehaltlos einzutreten. Sie müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben und, wenn sie über 21 Jahre alt sind, im Besitz des aktiven Wahlrechts sein.

Verfechter totalitärer Ideologien können nicht Mitglieder des Vereins sein.

Mitglieder der Jugendgruppe des Vereins können Jugendliche nach Vollendung des 16. Lebensjahres werden.

Wir wollen die Freiheit und die Demokratie gegen jeden Angriff politisch extremer Gruppen von rechts oder links schützen in Zusammenarbeit mit allen willigen demokratischen Kräften, mit unseren Nachbarn und Kollegen, wenn sie sich bereit erklären, im Notfalle auch ihre ganze Person für die Erhaltung der Freiheit und Demokratie einzusetzen.

Der Freiheitsbund soll und muß das Sammelbecken aller demokratischen Kräfte sein; denn nur eine solche überparteiliche Organisation ist berufen, den demokratischen Parteien und Einrichtungen unseres Staates die Rückendeckung zu geben, damit sie in Ruhe und unbehindert von dunklen Kräften dem Ziel, der Besserung der Lebensbedingungen für alle, entgegensteuern können.

Wenn wir uns so weit überwinden können, daß wir den Mut und die Kraft haben, über uns selbst hinauszuwachsen und unseren Nebenmann nicht nach seiner parteipolitischen Einstellung, sondern nach seiner demokratischen Gesinnung einzuschätzen, dann glaube ich von ganzem Herzen, daß der Freiheitsbund groß, stark und unschlagbar wird.

Aus den Bezirken

Nachruf

Am 21. September 1957 verschied nach kurzem und schwerem Leiden unser treuer Kamerad

Heinrich Hüllenhagen

im Alter von 64 Jahren.

Seine Geburtsstadt war Hamburg. Im Jahre 1923 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und seit der Gründung des Reichsbanners ein aktiver Kamerad im Tambourkorps. Kamerad Hüllenhagen siedelte 1927 nach Berlin über. Auch hier galt es für ihn, seine ganze Kraft leidenschaftlich für Demokratie und Freiheit einzusetzen. Nach der Machtergreifung der Nazis verlor er seinen Arbeitsplatz als Arbeiter bei der GASAG und kurz darauf verurteilten sie ihn zu zwei Jahren Zuchthaus. Nach all den traurigen Jahren stellte sich Hein Hüllenhagen ungebrochen wieder in unsere Reihen. Es war für ihn selbstverständlich, an einer gerechten demokratischen Staatsform mitzuarbeiten. Ich bin nichts. Die Arbeiterbewegung ist alles. Das war sein Leben.

Unser Bezirk hat in ihm einen aufrechten aktiven Kameraden verloren.

Wir werden seiner immer gedenken!

Bezirk Kreuzberg

Franz Meyer H. G. Kern
Helmut Wolf

Referentenvermittlung:

Für die Gestaltung der Bezirksveranstaltungen stehen über die Vermittlung des Kameraden Wenzel (87 84 60) nachstehende Referenten und Themen zur Verfügung:

Heinz Wendlandt: Grundzüge der sowjetischen Außenpolitik.

Johannes Aust: Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung.

Dr. Otto Wenzel: Probleme des gemeinsamen europäischen Marktes.

Heinrich Twyrdy: Hintergründe der „Auflösung" der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion.

Hanns-Peter Herz: 10 Jahre Politik der SED.

Karl J. Germer: Entstehung und Entwicklung der deutschen Parteien nach 1945.

Dr. Franz Seume, MdB: Die wirtschaftlichen Probleme der deutschen Wiedervereinigung.

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Karl J. Germer, Berlin-Steglitz, Opitzstraße 3, Telefon 72 55 61. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 24 26 83 und 24 77 01.

Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin

○ Selten ist die Wahl eines Regierungschefs von so viel Anteilnahme der gesamten Öffentlichkeit getragen gewesen wie bei unserem neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Er ist nicht nur mit einer über 82prozentigen Mehrheit durch den Parteitag der SPD als Kandidat nominiert und dann vom Parlament mit übergroßer Mehrheit zum Regierenden Bürgermeister gewählt worden, – er wurde darüber hinaus in einer Art von Volksabstimmung als der Nachfolger eines Reuter und Suhr proklamiert. Presse und Zeitungsleser, der Mann auf der Straße und am Schreibtisch, alle waren einig in dem Wunsche, diesem Regierenden Bürgermeister ihr Vertrauen zu schenken.

In der Zwischenzeit sind am politischen Horizont wieder neue Erschwernisse und große Gefahren aufgetaucht, die gerade auf Berlin mit ihrem ganzen Gewicht lasten werden. Die Notwendigkeit, Preiserhöhungen verkünden zu müssen, belastet uns nur innenpolitisch. Der Weltraumstart des sowjetischen Erdsatelliten und die durch ihn ausgelöste neue bolschewistische Politik der Drohungen gegen unsere Welt beweist aber mehr denn je, daß wir immer noch am Anfang unseres Kampfes für die Sicherung der Menschenrechte stehen.

Nicht nur weil der neue Regierende Bürgermeister ein Kamerad in unserem Bunde, sondern weil es im Interesse der gesamten freien Welt lebensnotwendig ist, hoffen wir, daß es Willy Brandt gelingt, eine **geschlossene Front aller demokratischen Kräfte** für die Überwindung der drohenden Gefahren zu schaffen.

Infiltration und Zusammenspiel

Die Ostberliner Zentralen aller kommunistischen Massenorganisationen und der Parteien des „Blocks der anti-faschistisch-demokratischen Parteien" bereiten sich für das bevorstehende Winterhalbjahr auf die Infiltrierung der Bundesrepublik vor. In den letzten sechs Wochen sind an der SED-Parteihochschule in Klein-Machnow, an der FDJ-Hochschule Wilhelm Pieck in Bogensee und an der FDJ-Bezirksjugendschule Hartenstein bei Chemnitz zahlreiche Vorträge über Methoden der Infiltration und Infiltrations-Möglichkeiten gehalten worden. In Hartenstein bei Chemnitz sprach das ehemalige Mitglied des FDJ-Vorstandes der Bundesrepublik — Wolfgang Seiffert — über die „anfälligsten demokratischen Organisationen der Bundesrepublik". Er nannte die Gewerkschaft Bau - Steine - Erden, — die Gewerkschaft Holz, die Sozialistische Jugend, die Naturfreunde-Jugend und die untersten Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei. Seiffert gab den über 150 Kursusteilnehmern aus seiner Erfahrung Hinweise auf den „Umgang mit Westdeutschen". Er schlug vor, die Teilnehmer am Infiltrationskursus sollten nach ihrem Übertritt in die Bundesrepublik in den genannten Organisationen gegen die Vorstände Stimmung machen. Die Kursusteilnehmer werden Ende November die sowjetische Besatzungszone verlassen, um entweder als Flüchtlinge oder aber als Reisende die Bundesrepublik aufzusuchen.

Eine andere Methode der Infiltration ist die Aufnahme des Briefverkehrs mit Westdeutschland. Linientreue Mitglieder der FDJ und der SED werden beauftragt, an bestimmte — von Kontaktleuten im deutschen Westen — herausgesuchte Adressen zu schreiben, einen privaten Briefwechsel zu beginnen und geschickt getarnte Propagandaerzeugnisse zu verschicken. Wieder andere FDJ-Funktionäre

bildet man in Paetz bei Berlin und auf zwei Jugendschulen des Bezirks Erfurt für die Infiltration der Bundeswehr aus. Sie sollen in der Bundesrepublik zu Soldaten und Offizieren der Bundeswehr Verbindung aufnehmen und versuchen, durch geschickte Diskussionen 1. in den Einheiten der Bundeswehr Verwirrung zu stiften und 2. Material über die Bundeswehr zu erhalten.

Nach den Plänen für das Winterhalbjahr 1957/58 will die SED auch Bücher und Musik in den Dienst der Infiltration stellen. Ein besonderes Buch-Versandhaus soll, mit Zweigstellen in München und Hamburg, in Ostberlin gegründet werden, um an Betriebe, Schulen und Organisationen im Westen besonders ausgesuchte politische Bücher zu verschicken. In verschiedenen Städten der Bundesrepublik wollen die Kommunisten Schallplatten-Clubs und Schallplatten-Versandhäuser aufziehen, um über diese Einrichtungen mit interessierten jungen Leuten in Verbindung zu kommen. Die neu entstehenden Schallplatten-Clubs sind — wie aus einem Rundschreiben des FDJ-Zentralrats an die Mitarbeiter der Westabteilung hervorgeht — verpflichtet, ehemalige Kommunisten, die heute noch in Betriebsräten der Bundesrepublik tätig sind, mit Material und Geld aktiv zu unterstützen.

Eine besondere Art der Infiltration ist das Zusammenspiel der Kommunisten und neo-nazistischer Gruppen. Beim Zentralrat der FDJ in Ostberlin gehen Vertreter der Deutschen Reichsjugend, die sich zwar als Privatpersonen bezeichnen, aus und ein. Auch andere Gruppen — so eine Gruppe „Junge Adler" aus dem Münchener Raum, „Jung-Wikinger" aus dem Hannoverschen und verschiedene Gruppierungen, der dem „Stahlhelm" angehörenden Jugendlichen — unterhalten mehr oder weniger regelmäßige Kontakte zum Zentralrat der FDJ. Sie werden dort beraten und vermutlich auch unterstützt. Der Sekretär des Zentralrats der FDJ — Wolfgang Steinke — hat im Januar dieses Jahres vor Mitarbeitern des SED-Zentralkomitees erklärt: „Ein Bündnis der FDJ mit den rechts orientierten Jugendgruppen der Bundesrepublik ist wünschenswert, weil auf diese Weise die politischen Ziele der FDJ, Auflösung des Adenauer-Regimes, durchsetzt werden können. Wir benutzen die rechts-radikalen Gruppen, weil sie 1. für jede Hilfe dankbar und 2. durch unsere Hilfe erst zur Arbeit in der Lage sind." Hz.

Hitlers Parteigeneral Schörner vor Gericht

Nachdem der Oberstgruppenführer Sepp Dietrich vor Gericht gestanden hat und ihm bescheinigt wurde, daß er am Röhm-Putsch nur als Befehlsempfänger beteiligt war, hat nun die Justiz in der Bundesrepublik genügend Beweismaterial zusammengebracht, um dem Durchhalte-Feldmarschall Hitlers den Prozeß zu machen. Für alle Soldaten, die unter dem Befehl Schörners gestanden haben, ist der „blutige Ferdinand" mit seinen „Kettenhunden" ein Begriff. Jeder erinnert sich daran, daß Schörner bei seinen Inspektionsfahrten durch das Operationsgebiet immer freie Straßen vorfand. Die Mundpropaganda, daß Schörner irgendwo auftauchen wird, genügte, um die deutschen Soldaten von den Straßen zu fegen. Der Herr Generalfeldmarschall nahm jede Lappalie zum Anlaß, um ein Exempel zu statuieren. Schörners Fahrer mußte im Fonds des Wagens immer eine Uniformjacke mit dem Gefreiten-Winkel greifbar halten, denn der Herr Feldmarschall geruhte des öfteren, seinen Fahrer wegen irgendeiner Bagatelle für die Dauer der Fahrt zu degradieren.

In einem Rechtsstaat muß in einem Gerichtsverfahren alles bewiesen werden. Zeigt sich auch nur die Spur einer Ungenauigkeit in der Beweisführung, dann spricht alles zugunsten des Angeklagten. Durch die Presse werden wir laufend über den Stand der Verhandlungen unterrichtet. Leistet sich der Herr Exfeld-

(Fortsetzung S. 7)

Theorie und Praxis der Demokratie

Auch dies gehört dazu

Indonesien: Ihr erweist uns einen schlechten Dienst

1945: Noch unter Kolonialherrschaft

Die deutsche Presse in Ost und West ist seit einigen Monaten voll an Nachrichten, Meldungen und Leitartikeln über die innenpolitische Lage in Indonesien. Fast alle Veröffentlichungen konzentrieren sich um die Vorgänge auf der Insel Sumatra. Schon die Meldungen über das tatsächliche Geschehen unterscheiden sich. Die östlichen Verlautbarungen über diesen Komplex sind in der sowjetischen Terminologie gehalten. Im Westen kommen die Meldungen der Wahrheit verhältnismäßig nahe, nur die daraus gezogenen Schlußfolgerungen über die Ursachen der Krise in Indonesien sind völlig unzutreffend. Eigentlich ist das selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß in Indonesien kein ständiger deutscher Auslandkorrespondent seinen Sitz hat. Die deutschen Journalisten stützen sich nämlich zu stark auf die Informationen der früheren Kolonialmacht Holland, die, wie nicht anders zu erwarten, ein sehr einseitiges Bild von der Lage in Indonesien entwirft. So wird z. B. übersehen, daß die Auseinandersetzungen nur ein Teil einer grundsätzlichen geistigen Umgestaltung sind, die jedes neue Staatsgebilde zu durchstehen hat.

Angegeben wird als Ursache der Krise hingegen immer wieder: das Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Volkstämmen in Verbindung mit dem Problem des Zentralismus und Föderalismus, die Empfänglichkeit der Regierungsbeamten für Bestechungsgelder, das Streben des Präsidenten Sukarno nach einer zentral gelenkten Demokratie nach dem Vorbild der östlichen Volksdemokratien, die Vorherrschaft der Insel Java und allgemeine wirtschaftliche Schwierigkeiten.

1957: Europa verlangt zuviel

Kein indonesischer Politiker wird es abstreiten wollen, daß isoliert gesehen die hier aufgezählten Ursachen sogar den Kern in der einen oder anderen Frage treffen mögen. Sie gewinnen aber eine ganz andere Gestalt, wenn man sie in einem historischen-soziologischen Zusammenhang sieht. Und das ist zum Verständnis der Situation in Indonesien unbedingt erforderlich.

Der Westen hat zu schnell vergessen, daß die Vereinigten Staaten von Indonesien bis 1945 als „Niederländisch-Indien" eine Kolonie der Niederlande gewesen sind. Auf dem Gesamtgebiet von 1 094 346 Quadratkilometern leben 75 Millionen Menschen. Sie setzen sich aus zahlreichen Völkern von malaiischer und indomalaiischer Herkunft zusammen und sprechen über 60 Sprachen. Eine Amtssprache versuchten noch die Holländer in den zwanziger Jahren, die malaiische Kunstsprache Bahasa Indonesia einzuführen. Mit Ausnahme der Bewohner von der Insel Bali ist die Bevölkerung mohammedanisch eingestellt. Erst seit 1927 gibt es eine größere indonesische Nationalbewegung. Vor diesen dreißig Jahren Streben nach Unabhängigkeit liegen dreihundert Jahre völliger politischer Inaktivität. Die Holländer hatten als Kolonialherren alles daran gesetzt, um das Volk möglichst lange in einem geistigen Dämmerzustand zu belassen. Das bedeutet, daß die Indonesier keine Möglichkeit hatten, sich mit den modernen Verwaltungsmethoden und dem Wesen der westlichen parlamentarischen Demokratie vertraut zu machen.

Über Nacht kam nun nach dem Zweiten Weltkrieg für die Indonesier die Unabhängigkeit ihres Landes. Die Japaner

mußten 1946 das Land räumen. Mit den zurückgebliebenen Waffen konnten die bisher unterdrückten Völker der Inselwelt eine neue Besetzung durch die Holländer verhindern. Unter diesem Druck erkannten die Niederlande die Sukarno-Regierung an. Der junge Staat setzte alles daran, um die in dreihundert Jahren im westlichen Abendland und später in den Vereinigten Staaten von Amerika aus den besonderen Verhältnissen des Westens sich entwickelnde parlamentarische Demokratie zu übernehmen und in der Praxis auch zu halten.

Das konnte nicht gutgehen! Es ist einfach nicht möglich, daß ein Volk ohne Störungen, Rückfälle und starke Fehlleistungen eine dreihundertjährige Entwicklung überspringen kann. Man kann nicht einen Menschen, der für unsere Begriffe nicht über eine vierte Volksschulklasse hinausgekommen ist, in eine Umwelt stellen, in der er sein tägliches Brot im Wettbewerb mit akademisch Gebildeten verdienen muß. Der arme Kerl muß dabei verhungern. Das aber verlangen wir Europäer heute von den Indonesiern.

Mit der Übernahme der parlamentarischen Demokratie entstanden zwangsläufig auch die verschiedenen Parteien. Die plötzlich zu Parteiführern avancierten Einheimischen kannten bisher nur die uralte demokratische Form des Dorfthings und die damit verbundenen sehr langen Aussprachen, die oft erst nach Wochen dann in einstimmigen Beschlüssen mündeten. Sie besaßen keine Auslandserfahrungen und keine Kenntnisse über die notwendigsten kommunalen Verwaltungsarbeiten. Schnell wurden so die Parteien zu Interessengruppen mit jeweiligen Sonderwünschen. Das erforderliche Geld wurde dann jeweils bei Erfüllung dieser Sonderwünsche von den Interessengruppen den Parteien zur Verfügung gestellt.

Bei der Beurteilung der Verhältnisse in Indonesien, Algerien und den anderen ehemaligen Kolonien darf nicht übersehen werden, daß sich in Europa erst nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen die heutige Staatsform bilden konnte. Und was uns zum Teil nicht in dieser langen Zeit gelungen ist, erwarten wir vollendet schon nach 15 Jahren in Indonesien zu sehen. Man kommt von dieser Methode, Urteile fällen zu wollen, ab, wenn man sich Zeit nimmt, um die tieferen Ursachen der Krise zu suchen. Dann stellt man fest, in Indonesien handelt es sich vorwiegend um eine politisch-soziale Revolution.

Noch 1945 hatte Indonesien 94 Prozent Analphabeten. Die Verwaltung war von den Holländern ganz auf Ausbeutung und Niederhaltung des Volkes ausgerichtet worden. Es mußte erst ein volksnaher Verwaltungskörper geschaffen werden, der ein entsprechendes Verhältnis zwischen der Regierung und dem Volk herstellt und auch aufrecht erhalten kann. Dazu ist wiederum erforderlich, daß das politische Interesse der breiten Volksschichten an den Angelegenheiten des Staates geweckt und gepflegt wird. Ohne wirtschaftliche Erfahrungen soll es nun mit den komplizierten Wirtschaftssystemen der hoch entwickelten europäischen Staaten Schritt halten. Jeder Betrachter wird zugeben müssen, daß die wenigen vorgebrachten Beispiele allein schon ausreichen für den Beweis, daß wir Europäer das indonesische Volk überfordern. In diesen Zwiespalt geraten nun auch die älteren indonesischen Politiker mit der nachdrängenden jüngeren Generation, die sich inzwischen eine weit bessere Bildung aneignen konnte und nun vor Ungeduld den langsamen Wachstumsprozeß nicht verstehen will. Aus dieser geistigen Auseinandersetzung entstehen dann allzu leicht auch Militärrevolten.

Und trotzdem, die Ereignisse in Indonesien sind historisch betrachtet durchaus Begebenheiten einer zwangsläufigen Entwicklung. Es hat eben in der Weltgeschichte noch keinen Staat gegeben, der sich auf einer Fläche von der Größe Europas mit 75 Millionen Menschen in 15 Jahren aus dem Feudalsystem heraus zu einem hochentwickelten politisch und wirtschaftlichen Organismus umbildete und gleichzeitig in einem Wettbewerb gegen Staaten bestehen kann, die selbst erst nach tausendjährigen blutigen und sozialen Kämpfen ihre heutige Form erreicht haben.

Heinz Wendlandt

Hitlers Parteigeneral Schörner vor Gericht

(Fortsetzung von S. 4)

marschall einen Angriff auf den Staatsanwalt, dann mahnt der Vorsitzende und gibt zu bedenken, daß der Herr Schörner in seinen Ausdrücken zu illustrativ wird. Wie illustrativ er wurde, das haben wir in den letzten Tagen des Dritten Reiches erlebt, als in der Tschechoslowakei und in Österreich in jedem Ort die grell-roten Plakate von den Feldjägern angebracht wurden, auf denen die Namen der armen Teufel verzeichnet waren, die angeblich wegen Feigheit vor dem Feind erhängt wurden. Herr Schörner hatte während der Gerichtsverhandlung ein fabelhaftes Gedächtnis, wenn es um die Gefechtslage in den letzten Tagen des tausendjährigen Reiches ging; aber wenn er sich daran erinnern sollte, welche Todesurteile auf seinen ausdrücklichen Befehl angeordnet wurden, dann verließ ihn das Gedächtnis.

Bisher ist noch nie in den Gerichtsverhandlungen die Rede davon gewesen, welche Rolle die Oberleutnante Schörner und Dietl beim Hitler-Putsch 1923 als Kompanieführer der republikanischen Reichswehr gespielt haben. Als diese dann als Generale von Hitlers Gnaden noch ihre Siege errangen, da wurde oft in der NS-Presse davon geschrieben, daß diese dem heißgeliebten Führer ergebenen Offiziere der republikanischen Reichswehr beim Hitler-Putsch 1923 ihre Kompanien marschbereit gehalten hatten. Nur durch den Verrat des von Kahr konnten diese Kompanien nicht mehr aktiv eingreifen und den Sieg Hitlers bereits zu Beginn der Systemzeit herbeiführen. Wird man heute Herrn Schörner vorwerfen, daß er in der Zeit der Weimarer Republik unehrenhaft gehandelt hat? Nein, diese Fragen stehen heute nicht zur Debatte und man wird nur zu den Tatsachen Stellung nehmen, die in dem heutigen Rechtsstaat hundertprozentig bewiesen werden können. Es steht also zu befürchten, daß sehr wenig Material gegen Herrn Schörner vorliegen wird.

Wenn in dem Prozeß dem blutigen Ferdinand vorgeworfen wird, daß er ein Duzfreund des Reichsheinis war, so weist er diese Anschuldigung zurück, trotzdem dem Gericht derartige Schreiben vorliegen sollen.

Schörner wurde von Hitler gefördert und befördert, weil er so recht nach dem Willen des größten Feldherrn aller Zeiten die Truppenführung handhabte. Heute lesen wir in den Zeitungen von „Katastrophenbefehlen". Dieses Wort hat es im tausendjährigen Reich gar nicht gegeben. Katastrophen gab es bei Hitler niemals. Jeder Soldat aber weiß, daß es an bestimmten Fronten einen Führerbefehl gab, bis zum letzten Mann die Stellung zu halten. Dabei haben sich Szenen abgespielt, die wohl heute mit dem Wort Katastrophenbefehle bezeichnet werden. Auch hat es in den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft das Wort Krieg nie gegeben. Der Kampf des republikanischen Spaniens gegen Franco wurde als „Übung Rügen" bezeichnet und als die ersten Anzeichen des zweiten Weltkrieges sich abzeichneten, wurde von einem Einsatz gesprochen.

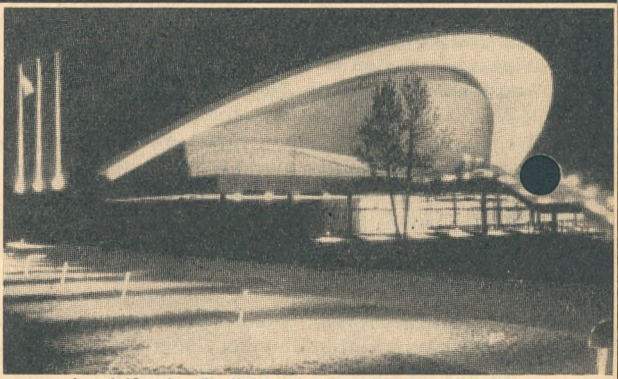
So wird Herr Schörner sich im Verlauf der Verhandlung wohl als Mitläufer einstufen lassen. Auch er wird auf die Schwierigkeiten hinweisen, die er ständig mit dem Führer wegen der Feindlage gehabt hat. Das goldene Parteiabzeichen wurde ihm wahrscheinlich nur verliehen, weil er sein militärisches Amt wegen Meinungsverschiedenheiten zur Verfügung stellen wollte.

Denkt man über diesen Prozeß nach, dann werden die Schatten der Vergangenheit lebendig. In der Weimarer Zeit standen anfangs der dreißiger Jahre zwei Leutnante der Reichswehr vor Gericht wegen Hochverrats. Sie tischten dem Gericht faustdicke Lügen auf. Es ist uns allen noch in Erinnerung, wie damals der Prozeß gegen die Leutnante Scheringer und Ludin ausging. Heute steht ein Exfeldmarschall des größten Demagogen aller Zeiten vor einem deutschen Gericht. Haben wir einen Parallelfall oder wird man einem Repräsentanten des tausendjährigen Reiches die Strafe zudiktieren, die er verdiente?

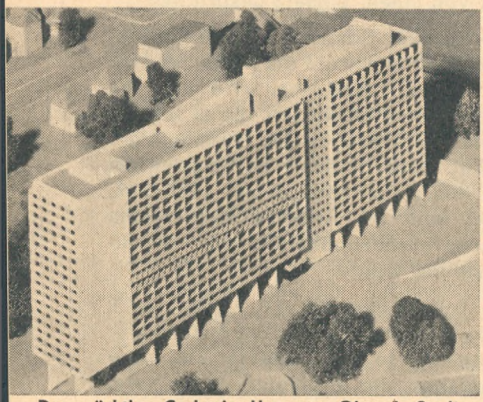
Kurt Nonnenmacher

Berlin ist eine Reise wert

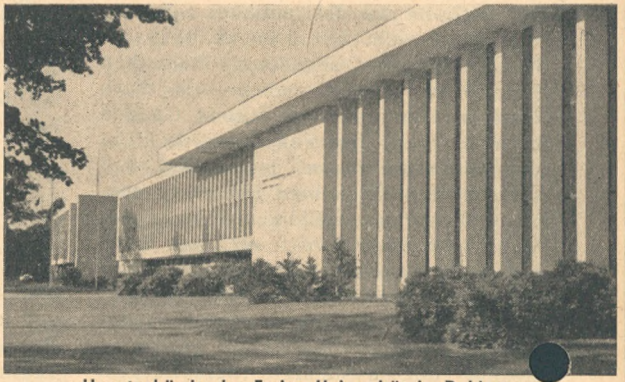
Wohn-Hochbau im Hansaviertel



In gleißendes Flutlicht getaucht: die Kongreßhalle



Das mächtige Corbusier-Haus am Olympia-Stadion wird 1700 Menschen eine moderne Heimstatt geben



Hauptgebäude der Freien Universität in Dahlem

Die neuen Großbauten zwischen Bahnhof Zoo und Gedächtniskirche